

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Oktober 1962

1) Polnischer Besuch bei ULBRICHT	Seite: 1
2) Papstrede	13
3) Chinesischer Nationalfeiertag	14
4) Cuba-Krise	15
5) Spiegel-Affäre	16
6) Polnische Streitkräfte	16
7) "Bäuerliche Arbeiter"	18

- - - - -

1) Polnischer Besuch bei Ulbricht

Im Schatten der wichtigeren außen- und innenpolitischen Ereignisse verlor der polnische "Partei- und Staatsbesuch" bei Ulbricht viel an Publizität. Für die polnische Parteiführung war die Tatsache, daß die Welt sich vorrangig mit anderen Problemen beschäftigen mußte, freilich nicht ohne Vorteil. Hätte nämlich die öffentliche Meinung im Westen Zeit und Ruhe genug gehabt, um das, was während dieses Besuches geschah, genau zu analysieren, so würde das eine Sympathieeinbuße für GOMULKA in der nichtkommunistischen Welt, einschließlich der freien Staaten des Westens bedeuten.

In ihren öffentlichen Äußerungen während des Besuches hatten sich die Polen so weitgehend mit den politischen Zielen des ULBRICHT-Regimes identifiziert, daß man heute den sechs Jahre dauernden "Nervenkrieg" zwischen Pankow und Warschau als beendet betrachten kann.

Manches deutet darauf hin, daß die Gäste aus Warschau vor ihrem Reiseantritt selbst noch nicht sicher wußten, wie der Besuch ausgehen würde. Kurz vor dem Besuch erschien in der halboffiziellen Wochenzeitung "Polityka" ein Artikel über die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten, aus dem hervorging, daß die bisherigen Ansichten der beiden Handelspartner sehr stark differieren und daß die Polen eine Liste von fast ultimativen Wünschen mitbringen werden.

Der erwähnte "Polityka"-Artikel enthüllte gleichzeitig, was die Polen überhaupt zu einem Besuch bei ihren westlichen Nachbarn bewegte. Es waren nicht die gleichen Gründe, die Ulbricht hatte, als er den Besuch arrangierte.

Für Warschau standen wirtschaftliche Fragen im Vordergrund. Die Polen wußten, daß sie ein Entgegenkommen ULBRICHTS mit einer politischen und moralischen Unterstützung des sowjetzonalen Diktators würden erkaufen müssen. Sie schienen vor der Reise keine sichere Vorstellung zu haben, wie weit das Arrangement mit dem Pankower gelingen würde, und deswegen übten sie so lange eine gewisse Zurückhaltung, bis die Sache geklärt war.

Für ULBRICHT war die Situation gerade umgekehrt. Er wünschte, daß GOMULKA ihm unter die Arme greift, daß er sich mit ihm vor der ganzen Welt solidarisch erklärt. ULBRICHT lag an einer engeren wirtschaftlichen Bindung an Polen nicht so viel wie den Polen und er wollte seine diesbezügliche Konzessionsbereitschaft von dem Umfang der polnischen Unterstützung abhängig machen.

Die "Polen blickten kühl" - berichteten westliche Korrespondenten am Montag, dem 15. Oktober, als sie über die Begrüßung der polnischen Gäste in Ostberlin schrieben. Sie blieben nicht lange kühl. Noch am Abend des gleichen Tages, als während des Empfanges im ZK der SED die ersten Toaste verklungen waren, war es schon klar, daß beide Partner sich schnell geeinigt hatten. Und vier Tage später, am Abend des 19. Oktober, erschienen die Polen an der Berliner Mauer und hielten freundschaftliche Ansprachen an die Ehrenkompanie der 1. Grenzbrigade, die dort zu ihrer Begrüßung angetreten war.

Wer im Westen die Hoffnung hegte, daß GOMULKA sich vor der Öffentlichkeit mindestens um eine Nuance von ULBRICHT unterscheiden würde, wurde enttäuscht. Am meisten enttäuscht wurden wohl die oppositionellen Kreise innerhalb der SED, die eine Aufweichung des Systems nach dem polnischen Muster anstreben. Der Mann, auf den sie seit dem Herbst 1956 hoffnungsvoll schauten, zeigte sich als ein treuer Verbündeter ULBRICHTs.

Die Landsleute GOMULKAs waren dagegen über die Art seines Auftretens in der Sowjetzone nicht sonderlich verwundert. Sie wissen, wie sehr er Übereinstimmung mit CHRUSCHTSCHOW und den von ihm abhängigen Verbündeten sucht und braucht. Ebenso wissen sie, daß dies zu dem Preis gehört, den die Polen dafür zahlen, daß sie es unter GOMULKA besser haben als die anderen Leidensgenossen im ganzen Ostblock. Im übrigen war in der polnischen Öffentlichkeit

das Interesse für diese Visite denkbar gering.

Zusammensetzung der polnischen Delegation

Wie es bei kommunistischen Partei- und Staatsbesuchen üblich ist, standen an der Spitze der Delegation Parteichef GOMULKA und Regierungschef CYRANKIEWICZ. Außer ihnen war der einzige Mann von Bedeutung der ZK-Sekretär Ryszard STRZELECKI. Dieser Mann, der sich in den letzten Monaten immer mehr in den Vordergrund des politischen Geschehens in Polen spielt, gilt als Gönner und Vertrauensmann der etwas mysteriösen "Partisanengruppe" und als einer der möglichen Anwärter auf GOMULKAs Nachfolge.

Einiges Aufsehen rief die Tatsache hervor, daß außer STRZELECKI noch zwei Männer der Delegation angehörten, die man in Verbindung mit der "Partisanengruppe" nennt: Der für Wirtschaft zuständige Vizepremier SZYR und ein leitenden Bauernpolitiker, OZGA-MICHALSKI.

Das Außenministerium vertrat in der Delegation nicht der zuständige Minister, RAPACKI, sondern sein Stellvertreter, Marian NASZKOWSKI. Im Gegensatz zu dem beweglichen und als "liberal" geltenden RAPACKI hat NASZKOWSKI den Ruf, ein dogmatischer und nur auf Moskau ausgerichteter Altkommunist zu sein. Wie man aus Warschauer politischen Kreisen hört, zeigte RAPACKI an dem Besuch in Pankow keinerlei Interesse, eine wenig wichtige UN-Debatte diene als gute Entschuldigung für seine Abwesenheit.

Polens Wunschliste

Unmittelbar vor dem polnischen Besuch bei ULBRICHT am 13. Oktober erschien in der offiziellen Wochenzeitschrift "Polytika" ein Artikel über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder. Schon in den ersten Sätzen war man in medias res eingeführt:

"Während der vergangenen 12 Jahre sind die wirtschaftlichen Kontakte Polens mit der DDR recht umfangreich geworden. Wir erinnern daran, weil uns der heutige Stand der Dinge nicht befriedigt. Auf manchen Gebieten befinden wir uns erst am Ausgangspunkt weiterer wirtschaftlicher Zusammenarbeit."

"(Unsere) Zusammenarbeit mit der CSRR beweist, daß eine solche engere Verbindung nicht nur möglich, sondern auch für beide Seiten vorteilhaft ist. Viel spricht dafür, daß sich unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR auf der gleichen Linie entwickeln... Es müssen aber viele Hindernisse, objektiver und subjektiver Natur erst ausgeräumt werden."

"Die Außenhandelsumsätze (mit der DDR) erhöhten sich im Jahre 1962 im Vergleich zum Jahre 1955 um 57 % und im Vergleich zu 1960 um 12%. Wenn wir offen sprechen sollen, ist das viel zu wenig und das, sowohl im Hinblick auf die Erfordernisse, als auch auf die Möglichkeiten unserer Länder."

Im kommunistischen Block ist es normalerweise nicht üblich, daß man derartige Vorwürfe in der Öffentlichkeit macht. Warum man in Warschau über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen so unzufrieden ist, zeigen einige Zahlen über die Höhe des Warenaustausches zwischen Polen und der SBZ (in Mio Devisenzloty, 4 Zloty = 1 Dollar).

	<u>I m p o r t</u>	<u>E x p o r t</u>
1955	487	500
1960	745	499
1961	811	439

Vor sieben Jahren waren die Mengen der ein- und ausgeführten Waren ausgeglichen. Seitdem importiert Polen immer mehr, die Zone dagegen bezieht immer weniger aus Polen. Diese Tatsache kommentiert "Polityka" mit den Worten:

"Die Zahlen enthüllen zwei wichtige und ziemlich beunruhigende Tatsachen: Die Steigerung der Gesamthöhe der Umsätze ist schwach

und hält mit der Dynamik unseres gesamten Außenhandels nicht Schritt. Die Erhöhung der Umsätze ist durch das Wachstum unserer Importe verursacht, deren Bild durch die steigenden Einnahmen aus polnischen Transitleistungen verzeichnet ist, Die Ausfuhr dagegen wird immer kleiner. In unserem Export fiel die DDR im Jahre 1961 vom zweiten auf den dritten Platz; der zweite Platz wurde von der CSER eingenommen."

Das polnische Blatt erwähnt, daß die Handelsumsätze zwischen SBZ und der Sowjetunion "besonders groß" sind und immer größer werden. Eine Aufstellung des polnischen Plus-Saldos, entstanden nach der Verrechnung der gegenseitigen Dienstleistungen zwischen Polen und der SBZ, spiegelt genau die Steigerung des ostdeutschen Exportes in die Sowjetunion wider.

1958	- 208	Mio Devisenzloty (= 52 Mio Dollar)
1959	- 270	" "
1960	- 279	" "
1961	- 312	" "
1962	- 376	" "

"Diese Einseitigkeit der Dienstleistungen behindert stark eine Erhöhung unseres Exportes in die DDR; die deutsche Seite muß sich in erster Linie darauf konzentrieren, ihren großen Minus-Saldo, entstanden durch polnische Transitleistungen, zu decken."

"In dieser Situation ist für die beiden Seiten eine Steigerung der DDR-Dienstleistungen zugunsten Polens unentbehrlich. Die Möglichkeiten sind in dieser Hinsicht recht groß."

Als Beispiel erwähnt das polnische Blatt Benutzung der Zonenschiffe für polnische Frachten, Überholung polnischer Schiffe auf Zonenwerften, Erweiterung der Touristik usw.

Die zitierten Stellen des "Polityka"-Artikels zeigen deutlich die seit langem angestaute Unzufriedenheit Warschaws mit seinem Pankower Handelspartner. Als eine beabsichtigte Ironie darf man wohl den Titel der

zitierten Ausführungen betrachten. Er heißt: "Erfolgreiche Zusammenarbeit"...

Nach dieser kalten Dusche des halboffiziellen polnischen Parteiorgans hielt man es in Warschau für nötig, am Tage der Abreise der polnischen Delegation noch ein paar freundlichere Worte an das Gastland zu richten.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schrieb am 14. Oktober:

"Niemand in Polen kann an der Bedeutung dieser Freundschaft zweifeln, einer Freundschaft zwischen Polen, das auf seine uralten Gebiete zurückkehrte, und dem ersten deutschen Staat in der Geschichte, der nicht nur die Unantastbarkeit dieser Grenzen anerkannte, sondern auch bereit ist, den Feind nicht an diese Grenze heranzulassen."

Ankunft und erste Kontakte

Noch bevor die Mitglieder der polnischen Delegation dem Sonderzug in Ostberlin entstiegen, gab es einen kleinen, kuriosen Zwischenfall, der ein bezeichnendes Licht auf die Mentalitätsunterschiede von Gastgebern und Gästen warf. Die im Ostsektor erscheinende "Berliner Zeitung" und andere sowjetzonale Presseorgane brachten wenige Tage vor Ankunft der Polen einen kurzen Lebenslauf GOMULKAS, in dem die Tatsache, daß er in den Jahren 1950-54 von Stalinisten entmachtet und inhaftiert war, einfach übergangen wurde. In der Umgebung des Pankower Diktators ist man offensichtlich der Ansicht, daß es unehrenhaft war, in kommunistischen Gefängnissen zu sitzen, und daß es höflicher sei, daran nicht zu erinnern. In Warschau war man anderer Meinung. Die polnische Botschaft bat um eine entsprechende Korrektur, und im "Neuen Deutschland" erschien am Ankunftstage der Polen unter dem Bild GOMULKAS ein vervollständigter Lebenslauf.

GOMULKAS Begrüßungsansprache vor dem Ostbahnhof klang ein wenig verklausuliert:

"Wir kommen zu Ihnen voller freundschaftlicher Gefühle und in der

Gewißheit, daß unsere Begegnungen mit den führenden Genossen von Partei und Regierung sowie mit den werktätigen Menschen in der DDR, daß unsere Gespräche mit Ihnen fruchtbar sein und un~~e~~ erlauben werden, die weiteren Mittel zur Vervollkommung und Erweiterung unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zu bestimmen."

Die folgenden Besprechungen, die gleich nach der Begrüßung begannen, mußten wohl beide Gesprächspartner befriedigt haben. Das spiegelte sich in den Trinksprüchen wider, die man am Abend des ersten Besuchstages während eines ZK- und Regierungsempfanges wechselte.

"Wir möchten Ihnen, liebe polnische Genossen, und ihrem ganzen Volke aufrichtigen Herzens für die große Unterstützung danken, die Sie der Bevölkerung der DDR im Ringen um die Lösung der nationalen Frage unseres Volkes ... geben."

Der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ ließ in seiner Antwort gleich durchblicken, um welche Art Unterstützung es sich gehandelt hat:

"Die Maßnahmen der DDR vom August vorigen Jahres, die richtig und notwendig waren, da sie im Interesse der Erhaltung des Friedens liegen, haben bewirkt, daß die Möglichkeiten, Westberlin als Stützpunkt für Diversion, Sabotage und feindliche Machenschaften gegen die DDR und andere sozialistische Länder auszunutzen, wesentlich eingeschränkt wurden."

In den Leuna-Werken

Einer der Höhepunkte des Besuches der polnischen Delegation in der Sowjetzone war ein Treffen mit der Belegschaft der Leuna-Werke. Hier hielt GOMULKA eine längere Ansprache, in der er u.a. folgendes sagte:

"Die Geschehnisse in Polen und Deutschland sind geschichtlich miteinander verflochten. Jahrhundertlang war dies eine schlechte, für uns Polen geradezu tragische Verflechtung. Deshalb eben empfinden wir so unmittelbar die Tiefe der historischen Umwandlung, die ihren

Ausdruck in der Tatsache hat, daß die polnisch-deutsche Grenze zum erstenmal eine Grenze der Freundschaft und nicht eine brennende Grenze des Krieges ist. Es ist das geschichtliche Verdienst der SED, der führenden Kraft der deutschen Arbeiterklasse..., daß sie das schwierige Werk mutig auf ihre Schulter genommen hat. Ihr ... habt der ganzen Welt gezeigt, daß das deutsche Volk wie auch jedes andere Volk mit der ihm von Imperialisten und Militaristen aufgezwungenen Politik der Aggressions- und Eroberungskriege Schluß machen kann..."

"Unsere Pläne, die Wirtschaft der sozialistischen Länder eng zu verbinden, haben nichts gemeinsames mit dem Ziel, die die kapitalistischen Integrationsgemeinschaften erreichen wollen. Unser Ziel besteht darin, den Produktionskräften der sozialistischen Länder ihre Entwicklung zu erleichtern... bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Ländern..."

Die Bonner Regierung versucht nicht einmal zu verheimlichen, daß es das nächste Ziel ihrer Politik ist, die DDR zu liquidieren. Der ständige und schnelle Aufbau der militärischen Kräfte der deutschen Bundesrepublik wird unter der betrügerischen Losung der 'Bedrohung aus dem Osten' durchgeführt. Ähnlich, wie dies die deutschen Politiker in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen taten, erhöht die Bonner Regierung allmählich aber konsequent ihre Forderungen. Gegenwärtig befinden sie sich schon in einem Stadium, wo sie um Kernwaffen kämpfen, deren Besitz und Verfügungsgewalt... ein entscheidendes Kriterium für die nationale Souveränität... sein soll."

Wie anders würde heute die Situation in Deutschland aussehen, wenn die Vorschläge Polens (atomfreie Zone) angenommen würden. Bonn jedoch, daß das Fehlen von Massenvernichtungswaffen in seinem Arsenal als Unglück betrachtet, fordert etwas anderes - Bonn fordert Garantie für die Aufrechterhaltung der atomaren Zone in Westdeutschland..."

"Die Sowjetunion, Polen, die DDR und andere sozialistische Staaten bringen große Geduld und Ausdauer auf, in ihrem Streben nach Verständigung mit den Westmächten auf Grundlagen, die für alle Seiten annehmbar sind. Es ist Zeit, daß sich alle auf den Boden der realen Tatsachen stellen, die zu verändern keine Kraft imstande ist, auf den

Boden solcher Tatsachen wie der Existenz zweier deutscher Staaten und der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands..."

"Westberlin darf nicht ein fremder Militärstützpunkt und keine 'Frontstadt' sein. Es muß eine neutrale, entmilitarisierte Stadt werden, wobei der freie Zugang zu ihr für alle auf der Grundlage eines entsprechenden Abkommens der Großmächte garantiert werden kann, allerdings unter der Bedingung, daß die territoriale Souveränität der DDR beachtet wird."

Volkskammerrede und Abschluß

Am letzten Tage des Besuches erschien die polnische Delegation vor dem Zonen-"Parlament". Die Sondersitzung der "Volkskammer" und eine längere Rede GOMULKAs war von den Gastgebern als der Höhepunkt der ganzen Visite arrangiert. GOMULKA bestätigte im Namen der polnischen Delegierten, daß "nach fruchtbaren Gesprächen mit der Leitung der SED und der Regierung der DDR über viele für beide Länder wichtige Probleme der wirtschaftlich und internationalen Politik... eine volle Übereinstimmung" festgestellt werden konnte.

"Unsere Partei" - bekannte GOMULKA, - "erzog und erzieht das polnische Volk im Geiste der Freundschaft und Brüderlichkeit mit der DDR... Unser Volk versteht gut, welche große Bedeutung die freundschaftlichen Beziehungen zur DDR für Polen haben. Es weiß voll und ganz die Tatsache zu schätzen, daß wir zum ersten Male im Westen nicht an ein aggressives, militaristisches Deutschland grenzen, sondern an einen friedliebenden, demokratischen deutschen Staat."

Der Hauptteil der Rede GOMULKAs war der Erörterung von Problemen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten gewidmet.

Nachdem er die bisherige Entwicklung skizzierte, meinte er:

"Wir stimmen jedoch in der Meinung überein, daß trotz wesentlicher Errungenschaften in unserer bisherigen wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit ihre Ausmaße und Formen den vorhandenen Möglichkeiten und notwendigen Bedürfnissen noch nicht entsprechen...

Gegenwärtig sind unsere beiden Ländern, ähnlich wie auch andere Länder der Volksdemokratie, in eine neue Etappe der Entwicklung eingetreten, die ... eine grundlegende Wende in Richtung der Vertiefung... der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch internationale Arbeitsteilung erfordert...

In unseren beiden Ländern muß die Produktionssteigerung im entscheidenden Maße durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. In unseren beiden Ländern ist für die Zukunft eine sehr große Steigerung der Investitionen geplant. Unsere Hauptsorge muß die rationellste, zweckmäßigste und wirkungsvollste Ausnutzung dieser riesigen Mittel sein. Keines der erwähnten Probleme läßt sich einzeln im Maßstab solcher Länder wie Polen und der DDR lösen. Voll und ganz lassen sie sich dagegen durch die vielseitige Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, gestützt auf die Koordinierung der Wirtschaftspläne, die Arbeitsteilung und Spezialisierung der Produktion sowie die allseitige Zusammenarbeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschungen und der Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten, lösen. Eben diese Probleme stellten den wesentlichen Inhalt unserer Gespräche dar, die wir mit der Parteiführung und den Vertretern der Regierung der DDR führten. Sowohl die unmittelbare Nachbarschaft unserer Länder als auch ihre wirtschaftliche Struktur schaffen günstige Voraussetzungen, um diese vielseitige und verstärkte Zusammenarbeit erfolgreich zu entwickeln....

Der Hauptrahmen für unsere Zusammenarbeit sollte die Koordinierung langfristiger und perspektivischer Wirtschaftspläne sein. Diese Koordinierung muß von langfristigen Verpflichtungen zu Warenlieferungen zwischen unseren Ländern ausgehen."

Diese Äußerung GOMULKAs berührte wohl den Kernpunkt der Sache. Die Mißstimmung Warschaus war in den letzten zwei Jahren hauptsächlich dadurch

verursacht, daß die Zone ihre Lieferungsverpflichtungen gegenüber Polen systematisch nicht erfüllte. Gleichzeitig mußte Polen zusehen, wie Züge voll Waren aus der Zone in die Sowjetunion rollten.

"Der wesentliche Inhalt der Koordinierung der Wirtschaftspläne zwischen unseren Ländern muß die Spezialisierung der Produktion, besonders des Maschinenbaues und der chemischen Industrie sein. Wir betrachten es als notwendig... in Zukunft auf die Herstellung von bestimmten Industrierzeugnissen in Polen zu verzichten und diese aus der DDR einzuführen."

Als Beispiel für die geplante Arbeitseinteilung macht man polnischerseits den Vorschlag: Polen soll sich auf den Bau von Handelsschiffen, die Sowjetzone dagegen auf Passagier- und Küstenschiffe beschränken.

In dem letzten Abschnitt seiner Rede vor der "Volkskammer" bekräftigte GOMULKA noch einmal seine Solidarität mit den Gastgebern:

"Unser Volk, unsere Regierung und unsere Partei sehen es als ihre elementarste Pflicht an, die DDR in ihrem Kampf um die Festigung der Souveränität und Sicherheit entschieden zu unterstützen. Liegt es doch im lebenswichtigen Interesse Polens, daß an unseren Westgrenzen niemals wieder die Armeen der deutschen Imperialisten stehen... Die Sicherheit der DDR ist die Sicherheit Polens."

"Die Bonner Regierung muß auch endlich die Realitäten anerkennen. Die deutsch-polnische Grenze ist unantastbar, und die DDR ist ein ebenso vollberechtigter und souveräner Staat wie die Deutsche Bundesrepublik..."

"In allernächster Zukunft" würde ein Separatfrieden mit der Zone abgeschlossen, so hofft GOMULKA, aber auch er nannte.. keinen Termin.

Besonders bei der Behandlung der Berlinfrage suchte GOMULKA seine Übereinstimmung mit ULBRICHT zu betonen.

"Jeder, der ehrlich auf dem Boden des Friedens steht, muß bekennen, daß diese Stadt, die sich im Zentrum des Territoriums der DDR befindet, keine Kriegsbasis der NATO sein darf. Der Bürgermeister von

Westberlin, Herr Brandt, kündigt... die Durchführung eines Referendums an, in dem sich die Bevölkerung dieser Stadt entscheiden soll, ob sie in Westberlin das Besatzungsregime weiter wünscht. Wenn Westberlin außerhalb des Territoriums der DDR läge, könnte Herr Brandt in dieser Stadt soviel Volksbefragungen veranstalten, wie er möchte. Aber dem ist nicht so! Der betrügerische Trick mit dem Referendum besteht darin, daß die Bevölkerung dieser Stadt dazu nicht das Recht hat und nicht über die Souveränität der DDR entscheiden kann."

Dieser Passus bedeutete ohne Zweifel den "Gipfelpunkt" der Rede GOMULKAs. ULBRICHT durfte mit seinem Besuch tatsächlich zufrieden sein. Er selbst hätte diesen "Protest" auch nicht anders formulieren können. Es war überhaupt während des ganzen Aufenthaltes der polnischen Delegation festzustellen, daß sich die öffentlichen Äußerungen beider Partner, wenn man von wirtschaftlichen Problemen absieht, verblüffend ähnlich anhörten. Die einzige Nuance von gewisser Bedeutung lag wohl darin, daß die Gastgeber ihre Ansprachen meistens mit dem Hochruf auf "Einheit und Geschlossenheit"...1 mit der ruhmreichen Sowjetunion an der Spitze" zu schließen pflegten, während bei den polnischen Gästen der Hinweis auf die Sowjets ausblieb.

An der Berliner Mauer werde GOMULKA nicht erscheinen, so versicherte man in Kreisen der polnischen Delegation fast bis zum letzten Augenblick. Doch bevor er seinen Sonderzug, der ihn zurück nach Warschau brachte, bestieg, tat er auch noch das, als ob er sich selbst überbieten wollte.

Als der Zug am nächsten Morgen auf dem Warschauer Hauptbahnhof hielt, schrieb man den 20. Oktober, genau den 6. Jahrestag der Ereignisse, die als "polnischer Oktober" bezeichnet werden und die GOMULKA wieder an die Macht brachten. Dieser in der Geschichte Nachkriegspolens äußerst wichtige Tag wurde in der polnischen Presse mit keinem Wort bedacht. Menschen, die vor sechs Jahren GOMULKA Blumen zuwarfen, stellten sich diesmal nicht zur Begrüßung des aus Berlin zurückkehrenden Parteichefs ein.

2) Papstrede

Große Überraschung und großes Aufsehen rief in politischen Kreisen der polnischen Hauptstadt die Ansprache des Papstes an die Vertreter des polnischen Episkopats hervor. Katholische Organe veröffentlichten den vollständigen Text der Rede, die offizielle kommunistische Presse brachte nur kürzere Zitate.

Ausgangspunkt der Äußerung des Heiligen Vaters über die "Wiedergewonnenen Westgebiete Polens" war die Person des italienischen Obersten und Freiheitskämpfers Francesco NULLO. Als vor fast genau 100 Jahren Polen sich gegen die Unterjochung durch den russischen Zaren wieder einmal erhob (Januaraufstand 1863-64), kämpfte in ihren Reihen auch der erwähnte italienische Oberst und fand auf dem Schlachtfeld den Heldentod. Dankbare Polen errichteten ihm in Warschau ein Denkmal, das während der Besatzungszeit von den Nazis zerstört wurde. NULLO stammte aus der gleichen Stadt, in der der Papst geboren wurde. Der wichtigste Passus der Papstrede lautete:

"Man hat uns erzählt, daß im weit gelegenen Polen ein Landsmann von uns, der aus Bergamo stammende Francesco Nullo, für die Verteidigung der Freiheit Ihres Landes sein Leben geopfert hat. Ihr habt mir erzählt, daß das wiedererstandene Polen diesem edlen Menschen Denkmäler aufstellte, daß mit seinem Namen Straßen benannt wurden, wie das in Breslau, auf den nach Jahrhunderten wiedergewonnenen Westgebieten der Fall war."

Über die Kontroverse, die wegen der Form der Veröffentlichung im Vatikan entstanden war, berichtet die polnische Presse nur sehr wenig. Während aber die katholischen Zeitungen in Polen ihrer Freude über die päpstlichen Äußerungen Ausdruck gaben, verhielt sich die kommunistische Presse sehr reserviert.

Für das polnische Episkopat bedeutet die Papstrede zweifellos eine Stärkung seiner Position gegenüber dem kommunistischen Regime. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat hatten sich in der letzten Zeit wieder verschlechtert, als die Kommunisten konfessionelle Kinderheime und anderen Klosterbesitz beschlagnahmten.

3) Chinesischer Nationalfeiertag

Dem 13. Jahrestag der Gründung der rotchinesischen Republik widmete die polnische Presse Beiträge, in denen betont stark die Notwendigkeit der Einheit hervorgehoben wurde. Zu einer Festveranstaltung fand sich nur ein einziges Mitglied des Politbüros ein, Chefplaner JEDRYCHOWSKI, der gleichzeitig Vorsitzender der Gesellschaft für polnisch-chinesische Freundschaft ist. Auch bei einem Empfang in der chinesischen Botschaft erschien der Parteichef GOMULKA nicht.

Hauptredner der Veranstaltung war der Minister für Leichtindustrie, STAWINSKI, den man kaum als einflußreich bezeichnen kann. In seiner Rede fanden sich einige bemerkenswerte Äußerungen:

"Während der Jahre des sozialistischen Aufbaues in China leisteten die Sowjetunion und andere sozialistische Länder der jüngsten und größten Volksrepublik eine sehr bedeutende Hilfe...

Das Leben lehrt, daß die Festigung der Einigkeit des sozialistischen Lagers nicht nur eine heilige, internationalistische Pflicht, sondern auch eine lebenswichtige Notwendigkeit eines jeden sozialistischen Staates ist...

Es gibt unserer Ansicht nach keine wichtigere Aufgabe, als die auf der Moskauer Deklaration beruhende Zusammenarbeit und Einigkeit der sozialistischen Völker und Staaten zu bewahren und zu festigen."

4) Cuba-Krise

Angst und Niedergeschlagenheit breiteten sich während der Tage der Cubakrise in Polen aus. Genau wie nach der Errichtung der Mauer in Berlin verschwanden in kürzester Zeit die wichtigsten Lebensmittel aus den Geschäften. Gerüchte sprachen von amerikanischen Diversanten in Polen, man lebte in einer Atmosphäre von Beklommenheit und böser Vorahnungen.

Die offiziellen polnischen Stellen erließen sofort scharfe Proteste gegen die "aggressiven Schritte der Imperialisten", organisierten Massenversammlungen in den Betrieben, verurteilten, brandmarkten usw.

Diese Haltung nahm man jedoch nur zu Beginn des Konfliktes ein. Später wurde der Ton der Presse, des Rundfunks und der Beschlüsse weniger scharf. Man sprach vom "Gebot der Vernunft" und von der Hoffnung, daß sie siegen wird. Nach der entscheidenden Wendung veröffentlichte die Presse kommentarlos die letzten Briefe KENNEDYS und CHRUSCHTSCHOWS. Auch in den folgenden Tagen enthielten sich die Presseorgane eigener Kommentare. Man beschränkte sich vielmehr darauf, vereinzelte westliche Stimmen zu zitieren.

(Bertrand Russell, Pariser "Combat"), die CHRUSCHTSCHOW als "Retter des Friedens" und "Apostel des Friedens" apostrophierten. In breiten Kreisen der Bevölkerung war die Erleichterung über die Entschärfung der Krise durch kein anderes Gefühl getrübt. In offiziellen Kreisen herrschte nach vorhandenen Informationen eine gewisse Verlegenheit über die offene Blamage der Sowjets. In Warschauer Parteikreisen fürchtete man eine ernste Schwächung der Position CHRUSCHTSCHOWS im Ostblock und innerhalb der sowjetischen Parteispitze. Jedes auch leichte Schwanken CHRUSCHTSCHOWS ruft in offiziellen Kreisen Warschaus starke Unruhe hervor. Die persönlichen Verbindungen der polnischen Parteispitze zum sowjetischen Regierungs- und Parteichef gelten als besonders stark.

5) Spiegel-Affäre

In einem Redaktionsartikel nahm die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 28. Oktober Stellung zu Verhaftungen in der "Spiegel"-Redaktion:

"Auf diese Weise setzt sich also die westdeutsche Regierung mit der Zeitschrift auseinander, die in der ganzen Welt einen großen Anklang fand und besonderes Interesse durch Artikel hervorrief, die gegen Bundeswehrminister Strauß gerichtet waren."

"Die Auseinandersetzung mit der Spiegel-Redaktion ist keineswegs eine Angelegenheit, die nur die westdeutsche Bevölkerung angeht. Sie ist ein Zeugnis dafür, daß die westdeutschen Militaristen die Kontrolle über das ganze öffentliche Leben in der Bundesrepublik verschärfen. Das aber ist eine Tatsache, die uns alle angehen muß."

6) Polnische Streitkräfte

Chef des polnischen Generalstabes, General BORDZILOWSKI, gewährte einem Vertreter der "Arbeiter-Presseagentur" ein Interview, in dem er Fragen über den Stand der technischen Ausrüstung der Streitkräfte beantwortete.

"Volkspolen", sagte der General, "macht seit seiner Entstehung ernste Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklung seiner Verteidigungskraft. Diese Entwicklung basiert auf dem unaufhörlichen Wachstum des wirtschaftlichen Potentials unseres Landes. ..

Die Periode der vollständigen Motorisierung und Mechanisierung der Einheiten und der taktischen Verbände haben wir schon hinter uns. Wir sind infolgedessen imstande, weitangelegte Operationen in schnellem Tempo auszuführen. Während der letzten 8 Jahre wuchsen die Panzer- und mechanisierten Truppen, die Stärke der traditionellen Infanterie dagegen verringerte sich sehr."

Der General gab an, daß der Index der Zahl der PS, die auf einen Soldaten entfallen, folgende Höhe erreichte:

1939	- 0,2 PS
1950	- 15 "
1960	- 35 "

Diese steigende Tendenz dauert nach den Worten des Generals weiter an.

"Die Panzer, die unseren Panzer- und motorisierten Einheiten zur Verfügung stehen, gehören zu den modernsten Konstruktionen dieser Art in der Welt. Sie können in jedem Gelände, am Tage und in der Nacht verwendet werden und gewähren der Mannschaft einen wirksamen Schutz bei atomaren Explosionen."

Luftstreitkräfte und Luftabwehrtruppen umfassten nach dieser Darstellung ein Drittel der gesamten Streitkräfte. Die letzteren verfügen über Luftabwehr-Raketen. Die Bordkanonen der Flugzeuge sind teilweise durch Luft-Raketen ersetzt worden.

Die Feuerkraft einer polnischen Division stünde entsprechend den Einheiten der potentiellen Feinde nicht nach.

"Die Industrie Volkspolens, meint der General, wurde nach dem Kriege von Grund auf neu aufgebaut. Zusammen mit ihr wuchs die moderne Rüstungsindustrie. Große Hilfe leistete uns dabei die Sowjetunion, die uns technische Dokumentationen, ganze Fabriken, Maschinen, Werkzeugmaschinen und auch Produktionslizenzen, sowie die Ausrüstungsgegenstände lieferte...

Den Hauptteil der modernen Ausrüstung liefert heute unseren Streitkräften die heimische Industrie. Wir produzieren hier im Lande Düsenflugzeuge und Panzerwagen, Kraftwagen und Amphibienfahrzeuge, Radiolokalisierungs- und Verbindungsapparaturen."

22 % der Offiziere haben heute eine Hochschulbildung (vor dem Kriege 6,3 %) und 8 % besitzen eine technische Hochschulbildung. Jeder fünfte Offizier der Streitkräfte ist Techniker oder Dipl. Ingenieur. Bei den Luftabwehrtruppen gibt es sogar 40 % Techniker und Ingenieure.

7) "Bäuerliche Arbeiter"

Es gibt in Polen eine Kategorie von Menschen, die man weder als Bauern noch als Arbeiter bezeichnen kann, weil sie gleichzeitig beides sind. Es handelt sich hier um jene Beschäftigte, die in der Industrie, auf den Bauplätzen oder bei der Eisenbahn arbeiten und gleichzeitig einen (meistens kleinen) Bauernhof besitzen. Nicht weniger als 800.000 Menschen gehören dieser Gruppe an. 650.000 von ihnen betrachten die Arbeit außerhalb der Landwirtschaft als Unterhaltsgrundlage, der Rest betrachtet den Hof als Hauptbeschäftigung. Diese Angaben sind der letzten Volkszählung (Dezember 1960) entnommen und wurden vor kurzem veröffentlicht.

Das Vorhandensein einer so großen Zahl dieser Übergangskategorie ist ein Charakteristikum der Gebiete bzw. Länder, die den Prozeß der raschen Industrialisierung durchmachen. Wie man der polnischen Presse entnehmen kann, ist die Tatsache der Doppelbeschäftigung einer Anzahl der Belegschaftsmitglieder der Fabriken, Bauunternehmen usw. mit Vor- und Nachteilen verbunden. Die fachlichen Qualifikationen dieser "bäuerlichen" Arbeiter sind meistens nicht hoch, sie haben keine Zeit, um sie zu verbessern. Wenn die Zeit der intensiven Feldarbeit kommt, erscheinen diese Leute nur unregelmäßig an ihren Arbeitsplätzen. Das stört den Arbeitsgang der Betriebe sehr empfindlich. Andererseits aber sind die Vertreter dieser Beschäftigten-Kategorie sehr stark mit ihrem Betrieb verbunden, weil ihr Hof meistens in der Nähe liegt und sie in einem anderen, weiter liegenden Betriebe nicht arbeiten könnten. Man braucht auch nicht für ihre Wohnungen zu sorgen, weil sie eigene Häuser auf ihren Höfen haben.

Man ist allgemein der Meinung, daß die Lichtseiten überwiegen. Viel Kopfzerbrechen bereitet das Problem dieser Doppelbeschäftigung den Wirtschaftsplanern und Soziologen nicht. Es handelt sich hier um eine Übergangserscheinung, die im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung verlieren wird, weil die Zahl der Doppelbeschäftigten ständig sinkt.